

Frankfurt am Main, 02.09.2019

Können alle sich für das Gemeinwohl engagieren?

Landesarbeitsgemeinschaft Freiwilligendienste Hessen veranstaltet ihren ersten Fachtag zum Thema Inklusion

80 Expert*innen diskutierten am 29. August in Frankfurt unter der Schirmherrschaft des hessischen Sozial- und Integrationsministers Kai Klose, wie Vielfalt in den Freiwilligendiensten möglich gemacht werden kann. Bis zu 8000 junge Menschen leisten jährlich hessenweit ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) oder einen Bundesfreiwilligendienst (BFD). Sie unterstützen soziale und kulturelle Einrichtungen und sammeln dabei praktische Erfahrungen. Typischerweise handelt es sich bisher um Abiturient*innen, die den Freiwilligendienst zwischen Schule und Studium als persönliches und berufliches Orientierungsjahr zu nutzen wissen. Menschen mit einer Behinderung oder Beeinträchtigung, Personen mit geringen Deutschkenntnissen oder niedrigem Schulabschluss – aus diesen Gruppen ergreifen demgegenüber nur wenige die Chance, die ein Freiwilligendienst bietet. Über 30 anerkannte Träger der Freiwilligendienste in Hessen, die sich in einer Landesarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, möchten dies ändern und ihr Angebot inklusiver ausrichten.

Im Eröffnungsvortrag der Fachtagung im Saalbau Nied stellte der Inklusionsaktivist Constantin Grosch die zentrale Frage, wer sich anpassen soll – die betroffene Person mit besonderen Bedarfen oder die Gesellschaft, indem sie auf diese Bedarfe eingeht. Im Hinblick auf bürgerschaftliches Engagement wies er darauf hin, dass nicht nur Teilhabe, sondern auch Teilgabe ein wichtiges menschliches Bedürfnis ist: Die Möglichkeit, selbst etwas zur Gesellschaft beitragen zu können.

Er forderte dazu auf, in Handlungssträngen zu denken: Was benötigt eine bestimmte Person von Anfang bis Ende, um ihren Freiwilligendienst leisten zu können? Eine Rampe im Eingangsbereich nützt nichts, wenn keine Behindertentoilette vorhanden ist. Eine Website in leichter Sprache ist ein falsches Versprechen, wenn Mitarbeiter*innen unfähig sind, entsprechend verständlich zu kommunizieren. Um realisierbare Wege zu finden, rät Grosch dazu, die Betroffenen offensiv mit einzubeziehen. Die seien durch ihre Alltagsbewältigung ohnehin zu Expert*innen für kreative und ressourcenschonende Lösungen geworden: „Wer sich für einen Freiwilligendienst meldet, hat sich vorher schon Gedanken gemacht, wie das gehen kann.“

In der Podiumsdiskussion knüpfte Roisin Keßler hier an und berichtete, wie sie als Rollstuhlfahrende ihren Freiwilligendienst erlebt hat. Die Studierende der Kulturpädagogik hatte 2016/17 ein FSJ Kultur absolviert. Sie erzählte, dass die erste Herausforderung bereits darin bestand, eine geeignete Einsatzstelle zu finden. Nirgendwo fand sie damals einen Hinweis darauf, welche Einrichtungen barrierefrei waren. So musste sie sich auf gut Glück bewerben. Sie erfuhr bei den pädagogischen Fachkräften ihres Trägers, die sie schließlich das Jahr über begleiteten, aber auch ehrliches Bemühen und Lernbereitschaft. Gleich zu Anfang habe sie dazu aufgefordert, ihr ganz offen Fragen zu stellen und damit Berührungsängste abzubauen. Dieselben Fragen immer wieder zu beantworten, koste manchmal viel Geduld. Es sei aber notwendig, um Verständnis zu schaffen und Veränderungsprozesse anzustoßen.

Mit ihr beratschlagten Maren Müller-Erichsen, die Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderung, und Isil Yönter vom hessischen Landesausländerbeirat, welche Vorteile ein FSJ oder BFD für bestimmte Personengruppen haben kann und welche Rahmenbedingungen für inklusivere Freiwilligendienste nötig sind. Zugewanderte etwa können davon profitieren, in Berührung mit Fachsprache und Berufskultur zu kommen.

Ein schwerwiegendes Hindernis für Menschen mit Assistenzbedarf ist es, dass es hierauf im Gegensatz zu schulischen und berufsbildenden Maßnahmen keinen regelhaften Anspruch im Freiwilligendienst gibt. So ist bereits die Teilnahme an den vorgeschriebenen Bildungstagen zum Beispiel für eine gehörlose Person schwierig. An diesem Punkt ist die Politik aufgefordert, endlich die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen und individuell Assistenz unabhängig vom Lebensabschnitt zu gewährleisten.

Lisa Wegener, Leiterin der Freiwilligendienste des Internationalen Bundes Kassel, machte auf die Herausforderung aufmerksam, genügend Einsatzstellen für das Anliegen Inklusion zu gewinnen. Dort begegnet ihr die Sorge, dass die Anleitung der Freiwilligen aufwändiger wird. Das hiermit betraute Personal benötigt dementsprechend Unterstützung in Form von Schulungen und Beratung. Aber auch die pädagogischen Fachkräfte der Träger müssen sich fortbilden, um Freiwillige inklusiver zu begleiten. Um dies umzusetzen, sind eine angemessene staatliche Förderung und ein besserer pädagogischer Betreuungsschlüssel notwendig.

Am Fachtag nahmen neben Vertreter*innen von Trägern, Einsatzstellen und zuständigen Ministerien auch Mitarbeiter*innen von fachverwandten Beratungsstellen sowie einige Freiwillige teil. Nachmittags tauschten sie in vier themenspezifischen Workshops Best-Practice-Beispiele aus und nahmen Anregungen aus Bereichen wie der schulischen Inklusion auf. Das Catering wurde passend zum Thema vom ‚Lernbetrieb Frankfurt am Main - Inklusionsprojekt im Gehörlosenzentrum‘ angeliefert.

Als Ergebnis der aufschlussreichen Vorträge, Diskussionen und Workshops stand fest, dass Inklusion ein andauernder Prozess ist – und das auch sein soll. Die hessischen Freiwilligendienste haben sich auf den Weg gemacht. Es ist beabsichtigt, die Inklusionsbestrebungen zukünftig durch eine Fachstelle bei der Landesarbeitsgemeinschaft voranzutreiben.